

# IWH-Pressemitteilung 41/2013

Halle (Saale), den 12. Dezember 2013

## Zur Wirtschaftspolitik: Strukturreformen auch in Deutschland erforderlich!

Die günstige konjunkturelle Lage in Deutschland scheint der Wirtschaftspolitik den Blick auf die mittel- bis langfristigen Probleme zu verstellen. Im Bereich der **Finanzpolitik** liegt der Fokus derzeit auf der Ausweitung von Sozialleistungen. Wachstumsfreundliche Maßnahmen stehen hinten an. Zwar plant die neue Koalition zusätzliche investive Ausgaben, die grundsätzlich das Produktionspotenzial erhöhen könnten. Aber die konsumtiven Ausgaben stehen eindeutig im Vordergrund. Das wichtige Thema der **Bund-Länder-Finanzbeziehungen** wird auf die lange Bank geschoben, obwohl das Auslaufen der aktuellen Regeln Dringlichkeit gebietet und die Anreizprobleme des aktuellen Länderfinanzausgleichs offenkundig sind. Letztere könnten durch eine höhere Steuerautonomie der Bundesländer, etwa durch Zuschlagsrechte bei der Einkommensteuer, abgemildert werden.

Im Bereich der **Geldpolitik** besteht derzeit die Gefahr, dass das mittelfristige Inflationsziel unterschritten wird. Es gibt zwar noch einige geldpolitische Instrumente, die für zusätzliche Liquiditätsbereitstellung genutzt werden könnten. Allerdings ist die Wirkung der Maßnahmen durch Probleme im Bankensektor derzeit gestört. Deshalb hat der im Jahr 2014 anstehende Stresstest eine hohe Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens im Bankensektor. Die **Bankenunion** sollte beherzt vollendet und nicht durch immer weitere Abstriche in ihrer Wirkung gefährdet werden.

Die Europäische Kommission untersucht, ob der hohe deutsche **Leistungsbilanzüberschuss** auf ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht hinweist. Gegenwärtig gibt es allerdings kaum Anzeichen dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ungleichgewichtig ist. Der Leistungsbilanzüberschuss erklärt sich daraus, dass in einer alternden Gesellschaft wie der deutschen viel gespart wird und auch wegen der in Zukunft zu erwartenden Knappheit des Faktors Arbeit nicht genug rentierliche Investitionsprojekte im Land zu finden sind. Aus dieser Perspektive steht die Wirtschaftspolitik vor zwei Aufgaben: zum einen, die Risiken ungleichgewichtiger wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland für die Zukunft zu senken, um deutsche Anlagen vor Wertverlusten zu schützen. Zum anderen würde eine erfolgreiche Zuwanderungs- und Integrationspolitik über bessere langfristige Wachstumsperspektiven auch die Attraktivität von Investitionen im Inland erhöhen.

### Veröffentlichung:

HOLTEMÖLLER, O.; ALTEMEYER-BARTSCHER, M.; KNEDLIK, T.; LINDNER, A.; ZEDDIES, G.: Zur Wirtschaftspolitik: Strukturreformen auch in Deutschland erforderlich, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014.

**Sperrfrist:**  
12. Dez. 2013,  
13:00 Uhr

**Pressekontakt:**  
Stefanie Orphal  
Telefon:  
+ 49 345 7753 720  
E-Mail:  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**Ansprechpartner:**  
Oliver Holtemöller  
Telefon:  
+ 49 345 7753 800  
E-Mail:  
[ohr@iwh-halle.de](mailto:ohr@iwh-halle.de)

**Politische Ressorts:**  
Bundeswirtschaftsministerium  
(**BMWi**), Bundesministerium  
der Finanzen (**BMF**),  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales (**BMAS**),

Bundesministerium des  
Innern (**BMI**), Bundes-  
ministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung  
(**BMVBS**),  
Bundeskanzleramt,  
Wirtschaftsministerien der  
Neuen Länder

**Wissenschaftliche  
Schlagwörter:**  
Wirtschaftspolitik,  
Konjunktur, Finanzmärkte  
und Banken, Geldpolitik,  
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,  
Deutschland

**Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle (IWH)**  
Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)  
Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)  
Tel.: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820  
<http://www.iwh-halle.de>

**Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).